

# Die Quellen

meines Beitrags zu v.d. Leyen  
am 14. April in der „KRONE bunt“

„Pfizergate“

**Europäische Staatsanwälte nehmen von der Leyen  
wegen Impfstoff-Deals ins Visier**

02.04.24 – 16:55 Uhr



Dass man angesichts der bevorstehenden Wahlen nervös wird, ist verständlich. Jene, die darüber präzise berichten, schroff herunterzumachen, dient der Sache freilich nicht. Die Kräfte, welche eine unfaire Belehrung durch ferne Obrigkeiten freimachen, inspirieren zu weiteren Recherchen. Ob man damit der Sache der EU nicht einen Bärendienst erwiesen hat, sei dahingestellt.

dahingestellt

der Sache der EU nicht einen Bärendienst erwiesen hat, sei



ES IST NICHTS ZU TEUER, WAS  
DAS DEKORUM DER PRÄSIDENTIN  
WEITHIN ERSTRAHLEN LÄSST.



## VON DER LEYEN IM AUGE DER JUSTIZ

Die Europäische Staatsanwaltschaft hat Ermittlungen wegen ihres Impfstoffdeals aufgenommen. Bei der EU-Wahl im Juni droht das Urteil der Wähler. Die Rechnung für eine Bilanz des Versagens.

Die Fieberkurve vor den EU- Wahlen bildet immer nervösere Zacken, Brüsseler Spitzen. Dies zeigt eine Zeitreise durch die Presselandschaft.

- DER SPIEGEL, 13. 4. 2024: „Ärger droht der Kommissionschefin wegen einer Affäre aus der Zeit der Coronapandemie.“
- Am 14. April erscheint in der SONNTAGSKRONE mein Beitrag betreffend die Rolle der Kommissionspräsidentin bei der Impfstoffbeschaffung.

- 16. April, KRONEN ZEITUNG: Martin Selmayr, ehemaliger Vertreter der EU in Österreich, wird als EU-Botschafter beim Heiligen Stuhl wirken. Er hatte Österreichs Bezüge von russischem Erdgas feinfühlig als „Blutgeld“ bezeichnete.



- KRONE, 18. April: Es erscheint ein kritischer Leserbrief der EU-Delegation (geschäftsführende Führung: DDr. Bogensberger). Dieser wirkte 13 Jahre lang in Brüssel, zuständig für europäisches Strafrecht. Entsprechend juristisch ausgefuchst ist die Einrede, transportiert durch die Pressestelle.

Die wesentlichen Punkte stehen unter der Vorrede: „Ihr Autor Klaus Woltron behauptet.....“

- „...Ursula von der Leyen persönlich habe bei der Beschaffung von Corona-Impfstoffen für die EU die Verhandlungsführung übernommen. Vertragsdetails seien per SMS ausgetauscht worden. Das war nicht der Fall“.



Dazu:

POLITICO, 1. April 2024: „Die EU-Staatsanwaltschaft untersucht Vorwürfe wegen Korruption bei



den Impfstoffdeals zwischen Ursula von der Leyen und dem CEO von Pfizer, Albert Bourla“. Diese Untersuchung behandelt einen angeblichen Austausch von Textnachrichten über die größte Impfstoffbeschaffung der EU. Die Kommission hatte Pfizer das Quasi-Monopol für den

Impfstoffmarkt zugestanden, was nach EU-Wettbewerbsregeln fragwürdig war.



NORDKURIER, Mai 2023: „Die New York Times deckte 2021 auf, dass Absprachen über Einzelheiten des Deals per SMS getroffen wurden. Was genau in diesen SMS stand, ist nicht bekannt“. Die EU-Kommission schweigt eisern: Die Textnachrichten seien

keine „offiziellen Dokumente“. Die Bürgerbeauftragte der EU, Emily O'Reilly dazu: „Die Behandlung des Antrags auf Zugang zu den Dokumenten hinterlässt den bedauerlichen Eindruck einer EU-Institution,

die in Angelegenheiten von bedeutendem öffentlichen Interesse nicht entgegengemindert ist.“ Das Europäische Amt für Staatsanwaltschaft (EPPO) hat Ermittlungen aufgenommen. Die New York Times hat eine Klage gegen die Kommission eingereicht. Die polnische und ungarische Regierung schlossen sich der Klage an, ebenso eine Gruppe von EU-Abgeordneten.



In dutzenden Medien (NZZ, DER SPIEGEL, New York Times, DER STANDARD, TAZ, ARD, Nordkurier, EUactiv und vielen anderen) wurde gleichlautend berichtet. Die erfolgte harsche Abmahnung wäre nicht an mich, sondern die internationale Presse zu

richten. In meinem Fall hat man offensichtlich weniger Hemmungen.

- „....Die Kommission habe der Firma Orgenesis im Jahr 2022 Finanzhilfen in Höhe von 320 Millionen Euro gewährt. Faktum ist, dass die Kommission der Firma Orgenesis nie Finanzhilfen gewährt hat – weder 2022 noch in anderen Jahren“.



NZZ

Dazu:

**Umstrittener Impfstoff-Deal: Nun ermitteln Europas Korruptionsjäger gegen Ursula von der Leyen**

DIE WELT, Nov. 2022: 320 Millionen Euro flossen aus dem Corona-Wiederaufbaufonds der EU nach Padua, rund 383.000 Euro direkt

weiter an Orgenesis Italia. Mitglied des Aufsichtsrats der Stiftung: Heiko von der Leyen. Seit dessen Eintritt bei Orgenesis entstanden Firmenableger, die teils mit Millionenzuschüssen bedacht wurden. Im Rahmen der Förderung eines Konsortiums gingen 1,2 Millionen Euro an, eine 100-prozentige Orgenesis- Tochter.

**SMS-Affäre zu Impfstoffbeschaffung: EU-Kommission verweigert weiter Aufklärung**

Die Aufklärung der SMS-Affäre zur Corona-Impfstoffbeschaffung gestaltet sich schwierig: Die Europäische Bürgerbeauftragte wirft der EU-Kommission Mauer vor.



Brüssel, Nov. 2022: Anfrage der Abgeordneten Francesca Donato, Ivan Vilibor Sinčić, Sylvia Limmer, Marcel de Graaff, Christine Anderson, Cristian Terheş, Virginie Joron: „Die Kommissionspräsidentin spielt eine wichtige Rolle bei der Pflege der Beziehungen zu Pharmaunternehmen und bei der Verwaltung der EU-Fördermittel für Forschung und Entwicklung im Bereich der Gentherapien. Ihrem Ehemann erwachsen aus der Art und Weise, wie ihre Spitzenposition in der EU sich auf sein Unternehmen auswirkt, beachtliche wirtschaftliche Vorteile.“

- „.....Die EU habe ihre Mitgliedsstaaten mit direkten Anleihen verschuldet. Faktum ist, dass die EU-Mitgliedsstaaten die Kommission per einstimmigen Beschluss von 27 Staats- und Regierungschefs ermächtigt haben, zwecks Finanzierung gemeinsam beschlossener Prioritäten Anleihen zu begeben.“



Dazu:

Dass die Mitgliedstaaten diesem Vorgang zustimmten, ändert am Bruch eines Versprechens (1994) an nichts: Die Nichtbeistandsklausel ist in Art. 125 AEU-Vertrag festgelegt und schließt die Haftung der Europäischen Union sowie aller EU-Mitgliedstaaten für Verbindlichkeiten einzelner Mitgliedstaaten aus.

- „.....Es wird behauptet, viele Regulative der EU würden die Migration begünstigen. Faktum ist, dass die EU auf Basis eines Kommissionsvorschlags gerade ein Asyl- und Migrationspaket verabschiedet hat.“

Dazu:

Die „Rückführungsrichtlinie“ regelt die Rückführung von illegal Aufhältigen und enthält Verfahrensgarantien, die die Rückführung erschweren können. Dasselbe gilt für die „Dublin-Verordnung“ und die „Charta der Grundrechte der EU.“ Ein Kommentar zum Asylpaket erschien am 22. April in der SONNTAGSKRONE.

Soweit meine Replik auf die Vorhaltungen.

Dass man angesichts der bevorstehenden Wahlen nervös wird, ist verständlich. Jene, die darüber präzise berichten, schroff herunterzumachen, dient der Sache freilich nicht. Die Kräfte, welche eine unfaire Belehrung durch ferne Obrigkeiten freimachen, inspirieren zu weiteren Recherchen. Ob man damit der Sache der EU nicht einen Bärendienst erwiesen hat, sei dahingestellt.